

2. Solide städtische Wohnungspolitik:

Damit die Zukunft für alle bezahlbar bleibt

Wohnen ist die soziale Frage in Bamberg, die der Markt nicht lösen kann.

Die Bamberger Linke Liste steht für einen stärker von der Kommune gelenkten Wohnungsmarkt. Die Stadt Bamberg muss hierzu ihre Rolle als Anbieterin von Wohnraum entschieden ausbauen. Die Basis für eine langfristige Wohnungspolitik, die bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Bamberg garantiert, liegt in vorausschauender Flächenpolitik. Die Stadt Bamberg muss Eigentümerin möglichst vieler Flächen sein, um selbstbestimmt auf dem Wohnungsmarkt auftreten zu können.

Eine Aufgabe, die einen langen Atem braucht. Die BaLi begegnet den drängenden Problemen der Wohnungsnot und überhöhten Mieten ebenso mit kurzfristigen Maßnahmen, wie durch die Unterstützung und Gründung des Bamberger Mietenstopp Bündnisses.

In einer Stadt zu wohnen bedeutet jedoch wesentlich mehr als nur bloße vier Wände und ein Dach über dem Kopf: Die BaLi will Spielräume im Viertel schaffen, damit die Nachbarschaft gemeinsam gestaltet wird und das sollen die Bewohner*innen selbst demokratisch bestimmen können. Quartierskonzepte sind dazu ein idealer Weg, weshalb wir die Weiterführung der begonnenen Umsetzung kraftvoll unterstützen. In diesen Quartieren sollen Stadtteilzentren geschaffen werden, die Ort der Selbstorganisation und Begegnung sein können. Wir sind Partner aller Initiativen, welche alternative Wohnprojekte verwirklichen wollen. So kann eine selbstbewusste und verantwortungsvolle Stadtgesellschaft entstehen, damit das Leben aller Menschen in unserer Stadt besser wird.

Packen wir es an: Die Stadt gehört euch!

Kurzfristige Maßnahmen für eine zügige Entspannung des Wohnungsmarkts:

- Mietenstopp bei Wohnungen der Stadtbau GmbH.
- Verschärfung der Sozialklausel im Wohnungsbau: Erhöhung des Anteils vergünstigter Wohnungen ohne Bindungsfristen von 20 auf 50% des Neubaus; davon 50% echte Sozialwohnungen
- Stadtbau GmbH muss sich auf das Kerngeschäft konzentrieren und ihr Engagement in der Herstellung von günstigem Wohnraum und von Sozialwohnungen erheblich ausweiten
- Die Stadt Bamberg muss Leerstand aktiver bekämpfen. Eigentümer*innen, die ihre Immobilien leer stehen und verfallen lassen, oder bebaubare Grundstücke nicht bebauen, bzw. unternutzen, werden der Sozialverpflichtung des Grundgesetzes nicht gerecht. In diesen Fällen befürworten wir die Enteignungen zum Wohl der Stadtgesellschaft, wie im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung verankert
- Einführung einer einkommensabhängigen Zweitwohnsitzsteuer
- Die bestehende Zweckentfremdungssatzung muss konsequent und effektiv durchgesetzt werden
- **Mittel- und langfristige Maßnahmen für stabile Mieten und gegen Verdrängung**
- Langfristig soll das Angebot an Mietwohnungen dem Markt entzogen werden und in öffentliche Hand überführt werden.
- Enge Abstimmung von Stadt und Landkreis Bamberg, um durch gemeinsame Strukturpolitik Wohnraum nutzbar zu machen.

- Ausbau des ÖPNV-Angebots über die Stadtgrenze hinaus, um den Zuzugsdruck zu mildern. Erst wenn die Stadtwerke das Angebot deutlich ausweiten, wird es auch für Menschen attraktiv in den umliegenden Gemeinden zu wohnen, die bisher die Stadt als Wohnort bevorzugt haben.
- Die Stadt Bamberg darf keine Flächen mehr verkaufen. Um nachhaltige Wohnungspolitik und Wirtschaften zu erreichen, werden Grundstücke nur noch verpachtet. Damit bleibt die Stadt Eigentümerin und in wirtschaftlich schwierigen Phasen unabhängiger.
- Flächendeckender Einsatz von Erbpachtverträgen: Die Flächen bleiben in der Hand der Stadt, auch wenn private Investoren darauf bauen. So wird Spekulationen von Großinvestoren entgegengewirkt
- Unterstützung des Studierendenwerks bei der Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum, z.B. durch zur Verfügungstellung geeigneter Flächen. Es muss ausreichend Wohnheimplätze geben, sodass Studierende nicht in sanierungsbedürftigen oft überbewerteten Wohnungen leben müssen